Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. 15,8 % der Bevölkerung Deutschlands waren 2010 armutsgefährdet, EU-weit waren es 16,9 %
2. Zypern
3. OECD-Bericht: Deutschland hängt Euro-Zone ab
4. Spanien: In den Kliniken fehlt der Impfstoff
5. Domestic demand in selected euro and non-Euro countries, time series.
6. The euro survives, but where are the Europeans?
7. Financial policy committee identifies £25bn capital shortfall in UK banks
8. Franziskus‘ Bewerbungsrede veröffentlicht: Reformgeist in der katholischen Kirche
9. Britische Ukip-Partei: Gegen Arbeitslose und Migranten
10. Ägypten leidet, will aber keinen Kredit
11. Albrecht von Lucke: 15 Jahre von 150: Die Misere der SPD
12. „Ich war ein Problem“
13. zu guter Letzt: Ein Brief an Jörg Kachelmann
14. Das Allerletzte: Henryk M. Broder – Wohlfeile Kostümparty ohne jedes Risiko

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **15,8 % der Bevölkerung Deutschlands waren 2010 armutsgefährdet, EU-weit waren es 16,9 %**
   Nach EU-Definition gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes beträgt. In Deutschland lag der Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2010 für eine alleinlebende Person bei 11 426 Euro im Jahr, das entspricht 952 Euro im Monat. Zu den EU-Ländern mit den niedrigsten Armutsgefährdungsquoten zählten mehrere Nachbarstaaten Deutschlands: So wies die Tschechische Republik mit 9,8 % die EU-weit niedrigste Quote auf, gefolgt von den

Niederlanden (11,0 %) und Österreich (12,6 %). Die höchsten Quoten gab es in Bulgarien (22,3 %), Rumänien (22,2 %), Spanien (21,8 %) und Griechenland (21,4 %). In Kroatien, das in wenigen Monaten der EU beitritt, lag die Armutsgefährdungsquote bei 21,1 %.
Um die Einkommensungleichheit zu untersuchen, wird das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung mit dem einkommensschwächsten Fünftel verglichen. In Deutschland war das Einkommen des obersten Fünftels im Jahr 2010 insgesamt 4,5-mal so hoch wie das des untersten Fünftels. Im EU-Schnitt lag dieser Wert bei 5,1. Die EU-Staaten mit hohen Armutsgefährdungsquoten hatten 2010 auch eine ausgeprägte Einkommensungleichheit: In Spanien war der Wert mit 6,8 am höchsten, gefolgt von Lettland (6,6) und Bulgarien (6,5). Eine vergleichsweise ausgeglichene Einkommensverteilung hatten die Tschechische Republik und Slowenien (jeweils 3,5).
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Bei einem weiteren, zuletzt viel geschmähten Nachbarn, in Frankreich lag die Armutsquote bei 14,0 % wie auch in Schweden. In den Niederlanden lag die Quote bei 11,0 %. Eigentlich sind solche Vergleiche nur bei Ländern auf ähnlichem Entwicklungsniveau sinnvoll. So betrug der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland bei 11 426 Euro im Jahr und in Ungarn 2 721 Euro. – Leider wird im Titel ebenso untersuchte Einkommensungleichheit nicht erwähnt.*

2. **Zypern**
   a. **Zyperns Banken nach zwölf Tagen erstmals wieder geöffnet – Kunden bilden Schlangen**
   Die Banken in Zypern haben am Mittag nach einer zwölftägigen Zwangspause erstmals wieder geöffnet. Vor den Filialen bildeten sich am Morgen lange Schlangen. An einigen Geldinstituten waren bewaffnete Sicherheitskräfte und Polizisten postiert. Kunden wurden in kleineren Gruppen hereingelassen. Sie dürfen pro Tag nicht mehr als 300 Euro abheben. Zahlungen im Ausland, etwa mit Kreditkarte, werden auf 5.000 Euro im Monat beschränkt. Wer Zypern verlässt, kann maximal 1.000 Euro in bar mitnehmen. Die Regierung will mit den Maßnahmen eine Kapitalflucht verhindern. Die EU-Kommission bezeichnete die Einführung der Kontrollen als berechtigt. Die Maßnahmen sollten jedoch nicht zu lange in Kraft bleiben, hieß es in einer Erklärung. Die Kommission werde

weiter prüfen, ob eine Änderung oder Ausweitung erforderlich sei. Bundesfinanzminister Schäuble wies den Vorwurf der Ungleichbehandlung Zyperns in der Euro-Krise zurück. Der Unmut der Zyprer sei völlig unbegründet, sagte der CDU-Politiker im Südwestrundfunk. Das Land habe jahrezehntelang ein Bankenmodell gehabt, das nun nicht mehr zahlungsfähig sei.
Quelle: DLF

Anmerkung WL: *Das erinnert an den 20. Juni 1948 als in Deutschland die Währungsreform durch- und die D-Mark eingeführt wurde. Auch damals fuhren Laster unter strengster Geheimhaltung durchs Land und verteilten Geldbündel an die Banken. Auch damals gab es lange Schlangen vor den Geldschaltern. Doch damals war es ein Signal des Aufbruchs, in Zypern ist es ein Zeichen von Chaos und Angst. Und damals gab es keine Schuldzuweisungen, wie die von Schäuble. Wer hat den jahrelang solche „Bankenmodelle“ nicht nur in Zypern, sondern jetzt auch immer noch in Liechtenstein, Luxemburg oder in der Londoner City nicht nur geduldet, sondern wollte sogar solche Geschäftsmodelle auch in Deutschland einführen? Es ist doch geradezu zynisch, jetzt den Bürgerinnen und Bürgern dafür die Schuld zugeben. Müssen sich die Zyprioten über solche herablassenden Töne nicht empören. Hier wird die Schuld für eigenes totales Versagen auf die Zyprioten abgeladen. Man wirft anderen Chauvinismus vor und ist selbst der größte Chauvinist.*

b. **Angst vor den deutschen Euro-Polizisten**
Was aber ist mit Luxemburg, wo die Finanzbranche mit einem Verhältnis von 22 zu eins zum Bruttoinlandsprodukt noch voluminöser ist? Und kann Malta mit einer Relation von acht zu eins so weitermachen? Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn warnt vor einem deutschen Diktat und erklärt: „Es darf nicht soweit kommen, dass unter dem Deckmantel von finanztechnischen Fragen andere Länder erwürgt werden.“..
Solche Vorwürfe lösen hierzulande Unmut aus – parteiübergreifend. Die luxemburgische Regierung kritisiere selbst zu Recht die deutschen Exportüberschüsse und verlange eine Korrektur, sagte der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold dieser Zeitung. Zwar tue sich Deutschland keinen Gefallen, wenn Finanzminister Schäuble als EU-Polizist auftrete.
Quelle: FR

c. **Cyprus's Plan B Is Still a Disaster**
The first attempt to bail out Cyprus was such a shambles that the second looks smart by comparison. It's getting generally favorable press, too — the best available option under the circumstances, and so on. Yes, it's an improvement. It's hard to think of anything that wouldn't be. That doesn't make it a good plan.
The new deal has removed the craziest part of the agreement reached March 16 — the plan to default on deposit insurance. Let's not dwell any further on that insanity. But the new plan still has features that, seen in any other context, would surely arouse surprise.
For instance, the so-called troika of the European Commission, the European Central Bank and the International Monetary Fund wanted to be sure that the new debt Cyprus is about to take on will be sustainable — meaning, presumably, that Cyprus will be able to repay it. Yet, by writing down high- value deposits, the revised plan will also cause a sudden contraction of the Cypriot banking system, and thus of the whole Cypriot economy, which depends on banking to an unusual degree.
Quelle: Bloomberg

3. **OECD-Bericht: Deutschland hängt Euro-Zone ab**
Der Euro-Raum kommt nicht aus der Krise. Während sich die Konjunktur laut dem neuesten Bericht der OECD in anderen Weltregionen erholt, hinkt Europa hinterher. Eine Ausnahme sehen die Forscher: Deutschland wächst deutlich schneller als der Rest der Währungsunion.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JK: *Hurra, Deutschland überalles! Stellt sich die Frage ob so die EU überhaupt weiter exisitieren kann, wenn ein Land wirtschaftlich derartig dominiert und glaubt allen anderen Ländern seine Politik oktroyierne zu können? Es wäre erschütternd, wenn eines Tages in den Geschichtsbüchern zu lesen wäre, dass Merkel für das Ende der europäischen Einigung verantwortlich war.*
Es ist allerdings reichlich bizarr bei einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukt von 0,6 % im Quartal von einem kräftiges Wirtschaftswachstum zu sprechen.

Anmerkung JB: *Ist Deutschland fiter als der Rest? Um das herauszufinden, müssten gleiche Bedingungen herrschen. Deutschland könnte ja auch einmal seine Konjunktur abwürgen, indem es ein zerstörerisches Austeritätspaket nach dem anderen verabschiedet und umsetzt. Dann würden Deutschland aber*

nicht mehr „die Euro-Zone abhängen“, soviel ist sicher. Momentan veranstalten wir einen Wettrennen, bei dem die „Konkurrenten“ von Deutschland einen Rucksack voller Wackersteine mit sicher herumschleppen müssen. Dass sie dann von „uns“ abgehängt werden, sollte niemanden verwundern. Daraus nun zu schließen, „wir“ seien flink wie Windhunde, ist anlässlich der mageren Performance, die die deutsche Volkswirtschaft an den Tag legt, jedenfalls abwegig.

4. **Spanien: In den Kliniken fehlt der Impfstoff**
   Seit zwei Monaten erhalten die Kliniken und Gesundheitsposten in Madrid keine Impfstoffe gegen Tetanus, Hepatitis A und B mehr. Als die meistgehörte spanische Radiostation Cadena Ser dies vor zwei Tagen öffentlich machte, versuchte sich die Gesundheitsbehörde der Region Madrid mit „Verwaltungsproblemen“ herauszureden. Die Ärzte in den Kliniken wollen daran nicht so recht glauben. Sie befürchten, dass eine weitere Sparmaßnahme im Gesundheitssystem still und heimlich durchgeführt werden soll: 10 Prozent hat die konservative Regierung von Mariano Rajoy an den Ausgaben für den Gesundheitsbereich gestrichen. Spaniens Gesundheitsausgaben rutschen damit im Europavergleich noch tiefer ins untere Drittel. Einen Großteil der Sparmaßnahmen müssen die 8,5 Millionen Rentner tragen. Sie zahlen seit dem Sommer erstmals für Medikamente zu. Der Eigenanteil beträgt bis zu 10 Prozent bei einer Obergrenze von 18 Euro pro Medikament. „Das straft diejenigen, die wenig Geld und zudem die meisten Gesundheitsprobleme haben“, analysiert die spanische Vereinigung zum Schutz des Öffentlichen Gesundheitssystems (FADSP). 8,5 Prozent der spanischen Rentner leben von 300 Euro im Monat und 54 Prozent von weniger als 650 Euro. „Sie müssen sich entscheiden, ob sie Medikamente bezahlen oder Lebensmittel kaufen“, beschwert sich ein Sprecher der FADSP.
   Quelle: taz
5. **Domestic demand in selected euro and non-Euro countries, time series.**

   Quelle: Real World Economics Review

6. **The euro survives, but where are the Europeans?**
   The downward spiral of mutual resentment is caused by the mismatch of one currency area and 17 democratic nations‘

We have made Italy, now we must make Italians“ – thus the old saying. Today we have made the euro and the crisis of the euro is unmaking Europeans. People who felt enthusiastically European 10 years ago are reverting to angry national stereotypes.
„Hitler-Merkel“ said a banner carried by young Cypriot protesters earlier this week. Next to those words there was an image of the European flag, its yellow stars on a blue background now angrily crossed out in red. Sweeping negative generalisations are heard about „north“ and „south“ Europeans, almost as if these were two different species. Yet what historian could seriously maintain that Milan has more in common with Nicosia than it does with Nice or Geneva? Even highly educated pro-Europeans say things in public about other nations that a decade ago they would not even have thought, let alone expressed. As parts of Europe became more anti-German so parts of Germany became more anti-European. A vicious spiral looms into view, like a twister on a rural highway in the American midwest.
Quelle: The Guardian

7. **Financial policy committee identifies £25bn capital shortfall in UK banks**
‚Honest‘ assessment of hidden losses sparks row with business secretary Vince Cable – who argues banks should not be forced to raise fresh capital in recession…
The announcement on Wednesday by the central bank’s financial policy committee (FPC) – set up to prevent a fresh crisis in the financial system – found that banks were overestimating their capital by around £52bn. The FPC reached this calculation after looking at losses on high risk loans, particularly commercial property and the euro area, the future bill for compensation claims for mis-selling scandals such as payment protection insurance and the way international capital rules allow them to make judgments about the riskiness of loans, known as risk-weighted assets. The FPC said that losses over three years on high-risk loans could exceed provisions by £30bn, mis-selling bills could cost an additional £10bn and £12bn of capital might be needed if the way banks‘ assessed their risks were altered. This comes to a total of £52bn, which the FPC rounded down to a „£50bn reduction in the regulatory capital of the major UK banks and building societies“…
Quelle: The Guardian
8. **Franziskus‘ Bewerbungsrede veröffentlicht: Reformgeist in der katholischen Kirche**
Papst Franziskus strebt offenbar einen grundlegenden Richtungswechsel der

katholischen Kirche an. Das legt die Veröffentlichung jener fünfminütigen Rede nahe, die Jorge Mario Bergoglio in der Kardinalsversammlung in Rom kurz vor seiner Wahl zum Papst hielt. Sie kritisiert scharf die „kirchliche Selbstbezogenheit“ und einen „theologischen Narzissmus“. Offenbar trug diese Rede dazu bei, dass die Kardinäle sich für ihn entschieden. In einem bisher noch nicht da gewesenen Akt der Öffnung hat Franziskus Kardinal Jaime Lucas Ortega aus Havanna erlaubt, das Manuskript zu publizieren; das verleiht dem Dokument hohes Gewicht. Die katholische Kirche sei „aufgerufen, aus sich selbst heraus und an die Ränder zu gehen“, heißt es in dem Text, „nicht nur an die geografischen Ränder, sondern an die Grenzen der menschlichen Existenz“. Eine Kirche, die das nicht tue, kreise „um sich selbst“ und werde krank. „Die Übel, die sich im Laufe der Zeit in den kirchlichen Institutionen entwickeln, haben ihre Wurzeln in dieser Selbstbezogenheit“, so der künftige Papst: „Es ist ein Geist des theologischen Narzissmus.“ Eine „egozentrische Kirche“ beanspruche „Jesus für sich drinnen“ und lasse „ihn nicht nach draußen treten“. Es gebe die Wahl zwischen zwei Kirchenbildern: „Die verkündende Kirche, die aus sich selbst hinausgeht“, und „die mondäne Kirche, die in sich, von sich und für sich lebt“.
Quelle: SZ

9. **Britische Ukip-Partei: Gegen Arbeitslose und Migranten**
Die Rechtspopulisten von der Ukip-Partei besetzen relevante Themen der politischen Agenda. Das setzt die Parteien unter Zugzwang. Ukip ist längst keine reine Protestpartei mehr, bei Meinungsumfragen kommt sie auf 16 bis 17 Prozent. Damit liegt sie weit vor den Liberalen und nur zwölf Punkte hinter den Tories. Viele Wähler, die den rechten Tory-Flügel als snobistisch und elitär empfinden, haben bei Ukip eine politische Heimat gefunden. Die Partei hat ihr ursprünglich reines Anti-EU-Programm auf benachbarte Themen ausgedehnt. 55 Prozent der Wähler, die Ukip in Eastleigh ihre Stimme gaben, haben das aus Angst vor unkontrollierter Immigration getan. Ukip bestimmt längst die Agenda der anderen Parteien. Labour spricht von Einwanderungseinschränkung, und die Liberalen beerdigten vorige Woche offiziell ihre Forderung nach einer Amnestie für illegale Immigranten. Am Montag zog Cameron mit einer Rede in Ipswich nach. Er will EU-Bürger teilweise vom britischen Wohlfahrtssystem ausschließen. Wenn sie keine reellen Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, soll ihnen das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Anspruch auf eine Sozialwohnung sollen sie erst nach zwei Jahren erwerben. Diese Gesetze sollen rechtzeitig vor Beginn der Freizügigkeit für EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien Ende des Jahres in Kraft sein.

Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *In der Tat besteht die Gefahr des Aufkommens rechtsextremer Parteien nicht in ihrem Sieg bei Wahlen, sondern darin, dass sich die großen Parteien den Thesen der Rechtsextremen annäheren. Die Wirtschaftsdaten stimmen auch nicht gerade optimistisch. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im vierten Quartal 2012 um 0,3 Prozent zurück. Sollte das BIP auch im ersten Quartal 2013 schrumpfen, droht Großbritannien die dritte Rezession innerhalb von fünf Jahren. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sank um 2,1 Prozent – das größte Minus seit Anfang 2009.*

10. **Ägypten leidet, will aber keinen Kredit**
    […] Denn dem Land droht der ökonomische Zusammenbruch. Das Geld fehlt inzwischen an allen Ecken und Enden. Diesel-Importe können nicht mehr bezahlt werden, Busse und Lastwagen warten in langen Schlangen an den Tankstellen. Fabriken leiden unter immer häufigeren und längeren Stromausfällen. Die Getreidereserven reichen nur noch für drei statt sechs Monate. Devisen für neue Käufe auf dem Weltmarkt gibt es nicht. Neue Importzölle für Touristengüter verärgern die gebeutelte Branche. Und immer mehr Firmen müssen schließen. Nach einer Statistik des „Zentrums für Gewerkschaften und Dienstleistungen für Arbeiter“ haben seit dem Sturz von Hosni Mubarak 4500 Betriebe Konkurs angemeldet, wahrscheinlich sogar wesentlich mehr – ein „exponenzieller Anstieg“, wie es in der NGO-Studie heißt. Hinzu kommen abertausende wilder Streiks, die eine geordnete Produktion praktisch unmöglich machen. Offiziell erreicht die Arbeitslosigkeit mit 13 Prozent inzwischen negatives Rekordniveau. Schätzungsweise weitere 20 Prozent der Arbeitsfähigen schlagen sich als Straßenhändler, Müllsammler oder Wachleute in der Schattenwirtschaft durch. – Der dringend benötigte IWF-Kredit von 4,8 Milliarden Dollar aber soll nach dem Willen der mächtigen Muslimbruderschaft erst unterschrieben werden, wenn das neue Parlament ihn debattiert und abgesegnet hat. Denn die islamistischen Parteiführer wollen auf keinen Fall schon vor den Wahlen die von New York geforderten Steuererhöhungen und einschneidenden Subventionskürzungen in Kraft setzen, um nicht den Zorn des Volkes auf sich zu ziehen.
    Quelle: Tagesspiegel
11. **Albrecht von Lucke: 15 Jahre von 150: Die Misere der SPD**
    Eines kann man dem Kanzlerkandidaten der SPD nicht nachsagen: dass er

nicht alles unternähme, um Angela Merkel zu einer dritten Kanzlerschaft zu verhelfen – angefangen von der verspäteten Offenlegung seiner Vortragshonorare, über Pinot Grigio nicht unter fünf Euro pro Glas und die Klage über ein zu geringes Kanzlergehalt, bis hin zu halbstarken „Clowns“-Vergleichen. Mancher Beobachter zweifelt inzwischen ernsthaft daran, ob Peer Steinbrück die Wahl überhaupt gewinnen will.
Doch obwohl Steinbrück alles unternimmt, Merkel stark zu machen: Das Momentum für einen Machtwechsel scheint gegeben. Nicht der SPD-Kandidat, sondern die politische Lage zwingt dem Land förmlich eine Gerechtigkeitsdebatte auf. Zwei entscheidende linke Themen stehen ganz oben auf der Agenda, nämlich die Lohngrenzen nach oben wie nach unten, sprich: Mindestlohn und Maximallohn.
Quelle: Blätter

12. **„Ich war ein Problem“**
Rebecca Maskos ist freie Journalistin. Sie hat Glasknochen und ging nicht wie von der Schulbehörde vorgesehen auf eine Sonderschule. Im Interview mit „Was bildet ihr uns ein?“ spricht sie darüber, wie sie auf eine Regelschule kam und was das für sie bedeutete.
Quelle: Was bildet ihr uns ein?
13. **zu guter Letzt: Ein Brief an Jörg Kachelmann**

> Werter Herr Kachelmann!
>
> Um es vorweg zu schicken: Bisher waren Sie mir immer sehr sympathisch; ich dachte, Sie seien ein feiner Kerl.
> Wenn ich mir allerdings ansehe, was für ein Wetter Sie in den letzten Monaten veranstaltet haben, schmilzt meine Sympathie sichtbar dahin – anders als der Schnee, mit dem Sie uns so überreich beglückt haben.
> Vermutlich finden Sie das auch noch witzig, oder? Sie sitzen gemütlich auf Ihrem sonnigen Hügelchen am Bodensee, während wir uns in der Norddeutschen Tiefebene den Allerwertesten abfrieren und die Leute weiter östlich auch noch im Schnee ersticken.
> Und, als wären wir noch nicht gestraft genug, wollen Sie dieses schamlose Spielchen bis weit in den April hinein treiben, wie man hört. Das, Herr Kachelmann, ist eine Unverschämtheit!
> Haben Sie eigentlich mal an die ganzen Erwerbsgärtner und Gartencenter-Besitzer gedacht, die schluchzend auf Bergen

unverkauften Blühgemüses sitzen? An Gino Salmonelli, den Eismann meines Vertrauens, der traurig in der Tür seiner verwaisten Eisdiele steht? An die Hobbygärtner, die hinter ihren Fenstern unruhig auf und ab tigern und in die tiefgefrorene Matsche starren, die einstmals ihr Garten war? An Biergartenbetreiber, Fahrradwerkstätten, Marktbeschicker und Frühlingsklamottenverkäufer? Nein, das haben Sie natürlich nicht! Hauptsache, Sie haben Ihren Spaß!
Werter Herr Kachelmann, ich fordere Sie auf: Machen Sie anständiges Wetter! Jetzt! Sofort! Machen Sie einen Frühling, der diesen Namen auch verdient. Umgehend! Inklusive warmem Südwind, Sonne satt, milden Temperaturen und allem, was zu einem ordentlichen Frühling gehört!
Ich weiß noch nicht so recht, womit ich Ihnen drohen soll, wenn Sie das nicht tun. Man sagt uns Norddeutschen nach, langsam und schwerblütig zu sein. In gewisser Weise mag da auch was dran sein; schließlich sind wir beim Wetter Kummer gewohnt. Aber seien Sie versichert: Wenn man uns zu lange ärgert, werden wir zu den Sizilianern Deutschlands.

Beste, aber auch warnende Grüße von
A.

Quelle: Jörg Kachelmann via Facebook

14. **Das Allerletzte: Henryk M. Broder – Wohlfeile Kostümparty ohne jedes Risiko**
Die Kampagne „Gesicht zeigen“ will ein Zeichen gegen Rassismus in Deutschland setzen. Prominente outen sich als Türken, Schwarze, Muslime, Schwule, Juden. Die Verkleidung „Deutscher“ ist nicht dabei. […]
Aber es ist eben nur ein wohlfeiles „Zeichen“ und nicht einmal das. Keiner der Freiwilligen bei dieser Aktion bringt eine persönliche Erfahrung in „seinem“ Fach mit, keiner hat eine Ahnung, was es bedeutet, Migrant, Moslem, Jude, schwul oder türkisch zu sein. Sie feiern eine Kostümparty auf dem Rücken derjenigen, die es wirklich sind. Zum Nulltarif und ohne jedes Risiko, dafür gehalten zu werden, was zu sein sie vorgeben.
Außerdem fehlt da was. Die Aussage: „Ich bin Deutscher, wenn du was gegen Deutsche hast!“ Als „Zeichen“ gegen die Inländerfeindlichkeit.
Quelle: WELT

Anmerkung JB: *Getroffene Hunde bellen. Allein der Umstand, dass sich Rechtspopulist Broder über die Kampagne echauffiert, kann als Sieg der Kampagne gedeutet werden.*